

Tag über parlamentarisiert, und die Wünsche steigern sich von Stunde zu Stunde.

Bezeichnend für die neue Wendung ist die Haltung des Zentrums: Bröber verabscheute bisher das Wort Parlamentarisierung. Nun stellt er im Namen seiner Partei die grundsätzliche Forderung auf, daß die Fraktionen der Mehrheit im Verhältnis zu ihrer Stärke an der Regierung beteiligt sein müßten. Vergeblich sucht Hausmann zu bremsen: Wir können nicht diktieren, wer in die Regierung hinein soll.

Nach Schluß der Interfraktionellen Sitzung vom 30. September — spät am Nachmittag — verhandelt Herr v. Payer noch weiter. Da weiß sich Conrad Hausmann wieder keinen anderen Rat, als den Oberst v. Haefsten zu Hilfe zu rufen: Die Krone müßte sofort einen Kanzler präsentieren, Payer verhandle im Auftrag Hertlings immerfort über die Zusammensetzung der Regierung und frage die Parteien nach ihren Wünschen. „Diese Methode bringt die Krone unter den Schlitten.“

Haefsten ging sofort zu Herrn v. Payer in den Reichstag und fragte ihn, ob er selbst geneigt wäre, das Reichskanzleramt zu übernehmen. Payer verneinte es. Auf die Frage, wen er für geeignet hielte, antwortete er: Prinz Max von Baden. Sie kamen überein, man dürfe mit der Entscheidung nicht länger zögern, der Mann müsse nach Berlin, der die neue Regierung bilden solle. Payer bat Haefsten, in diesem Sinne an das Hauptquartier zu telefonieren und die Zustimmung der Obersten Heeresleitung zur Kandidatur des Prinzen Max herbeizuführen.

Als Haefsten den General Ludendorff am Telephon erreicht hatte, war der Feldmarschall bei ihm. Die beiden Heerführer sprachen sofort das erbetene Einverständnis aus. Haefsten erhielt Auftrag, am folgenden Tage so früh wie möglich Herrn v. Berg, den Chef des Stollkabinetts, zu verständigen, der gerade vom Hauptquartier nach Berlin unterwegs war.

Am Morgen des 1. Oktober wurden die Parteiführer Ebert, Fischbeck und Bröber zu Herrn v. Berg gebeten. Inzwischen gehen die Verhandlungen im Interfraktionellen Ausschuss weiter. Es wird — so sagt Hausmann<sup>1</sup> — die Besetzung der einzelnen Stellen und Verteilung unter die Parteien „in wenig glücklicher und sympathischer Weise“ diskutiert:

„Die Zahl der vorhandenen Stellen muß festgestellt werden.“

„Wir erheben Anspruch auf die Stelle des Vizepräsidenten, falls die Stelle wieder neu besetzt wird.“

„Dann würde ein Mann unserer Partei als Dritter hinzutreten.“

„Wir erheben Anspruch auf eine erste Stelle.“

<sup>1</sup> Nach Hausmanns Notizen; vgl. ferner Hausmann, a. a. O., S. 231 ff.